

Die politischen Entscheidungsträger behandeln den Klimawandel und seine Folgen eher am Rande. Politische Parteien, die sich ökologischen Fragen besonders widmen, gibt es in Rumänien nicht. Aus dem Parlament kommen keine wesentlichen Initiativen zu diesem Thema. Auf Regierungsebene wurde die Nationale Strategie Rumäniens betreffend den Klimawandel 2005–2007 erstellt, deren Implementierung durch den Nationalen Aktionsplan für Klimawandel 2005–2007 unter der Koordinierung des Umweltministeriums erfolgt.

Das Umweltministerium selbst verfügt zur Implementierung der Gesetzgebung nur über relativ wenig Personal. Insgesamt wird der Problematik innerhalb des Regierungskabinetts zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Energiestrategie Rumäniens, die vom rumänischen Wirtschafts- und Finanzministeriums entwickelt wurde, ohne die von der EU vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase zu enthalten. Ähnlich verhält es bei den Strategien für die Bereiche Landwirtschaft und Transportwesen.

Einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Bewusstseins in der Öffentlichkeit leisten Nichtregierungsorganisationen (NRO), beispielsweise durch Bildungsmaßnahmen in Schulen sowie durch Aufklärungsprogramme oder -kampagnen. Immer mehr Umwelt-NROs haben sich in den letzten Jahren mit dieser Problematik beschäftigt, was zur Gründung eines Netzwerks („Netzwerk für das Klima“) geführt hat, dem inzwischen zehn NRO angehören.

Umwelt-NROs haben Arbeitsgruppen zu den Themen Energie, Transport und Landwirtschaft gegründet, die jeweils landesweit oder auf örtlicher Ebene Informations- und Aufklärungskampagnen zu den betreffenden Themen durchführen. Zu den wichtigsten dieser NROs gehören Infoterra Romania – eine selbständige NRO, die im Umweltministerium untergebracht ist und einen Informationsknotenpunkt für Umweltfragen bildet, sowie Terra Mileniul III, die unter anderem das regionale Netzwerk „Climate Action Network Central and Eastern Europe“ koordiniert.

## UKRAINE: TROTZ TSCHERNOBYL NUR GERINGES UMWELTBEWUSSTSEIN

*Nico Lange | Igor Plaschkin*

### UKRAINE: TROTZ TSCHERNOBYL NUR GERINGES UMWELTBEWUSSTSEIN

Das Problemfeld des Klimawandels nimmt im politischen und öffentlichen Diskurs der Ukraine nur eine randständige Position ein. Sowohl die Berichterstattung in den Medien als auch die offizielle staatliche Informationsarbeit zum Thema erfolgen sporadisch und meist nur im Zusammenhang mit Naturkatastrophen. Im Land der größten anthropogenen Katastrophe der Neuzeit ist das Umweltbewusstsein nach wie vor schwach ausgeprägt und das alte sowjetische Verständnis der Naturausbeutung vorherrschend. Die internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls zwingen die Ukraine jedoch, ihre Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Dadurch tritt der internationale Handel mit so genannten Emissionsquoten in den Vordergrund ukrainischer Umweltpolitik. Die wirtschaftlichen Anreize des Kyoto-Protokolls führen in Ansätzen zum Umdenken in der ukrainischen Politik.

### POLITISCHE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEURE

Im Jahre 1990 nahm die Ukraine den zehnten Platz im Ranking der größten Treibhausgas-Emittenten der Welt ein, hinter den USA, Japan, Deutschland, Kanada und anderen hochindustrialisierten Ländern. Bereits 1992 schloss sich die Ukraine der UNO-Rahmenkonvention zum Klimawandel an, die erst 1996 vom ukrainischen Parlament ratifiziert wurde. Gemäß dieser Konvention verpflichtete sich die Ukraine, dem Konventionssekretariat jährlich einen Bericht über Treibhausgasemissionen und -absorptionen und die Besonderheiten des nationalen Klimawandels vorzulegen. Die zuständige Institution ist das ukrainische Ministerium für Umweltschutz.

In der ukrainischen Zivilgesellschaft schlossen sich Umweltgruppen und Nichtregierungsorganisationen zu einem organisationsübergreifenden Arbeitskreis zum Thema Klimawandel zusammen, dessen Tätigkeit aber bisher kaum öffentlichkeitswirksamen Charakter entfalten konnte. Ihre Aufgabe sehen die Vertreter der

Zivilgesellschaft vorrangig in der Mitwirkung an den offiziellen Jahresberichten zum Klimawandel und Einflussversuchen auf diesbezügliche staatliche Politik.

Paradoxerweise gibt es in dem Land, das durch den Tschernobyl-GAU zu einem Symbol der vom Menschen ausgelösten Umweltkatastrophen geworden ist, weder eine konsolidierte grüne Bewegung noch klar formulierte umweltpolitische Programmatik in den politischen Parteien. Die ukrainische Partei der Grünen schaffte nur einmal 1998 den Sprung ins Parlament und ist seitdem wieder bedeutungslos. Die etablierten politischen Parteien beschäftigen sich zwar aktuell intensiver mit Themen wie erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, praktische Schritte für Reformen auf diesem Gebiet oder zur Einführung wirkungsvoller Kontrollmechanismen im Bereich des Umweltschutzes gibt es jedoch nicht.

In der Ukraine ist fast jeder Lebensbereich, Trink- und Flusswasser, Luft und Boden extrem stark belastet. So beträgt beispielsweise die Emission von Schadstoffen in Kiew 10,1 Tonnen pro Quadratmeter Stadtfläche pro Jahr. Im Donbass, dem Rückgrat der ukrainischen Wirtschaft, liegt diese Zahl um das 1,5-fache höher. Der Gehalt von Stickstoffdioxid in der Luft der ukrainischen Hauptstadt übersteigt die für die menschliche Gesundheit erträgliche Norm um das 2,5-fache.

Dass die Diskussion über die Umweltthematik in der Ukraine nur am Rande stattfindet, ist im Wesentlichen auf ein in der ukrainischen Bevölkerung nur schwach ausgeprägtes Umweltbewusstsein zurückzuführen, das seinerseits durch die langjährige Ausbeutung der Natur in der Ex-Sowjetunion und die dadurch geprägten Verbrauchermentalität zu erklären ist.

#### DER KLIMAWANDEL GEFÄHRDET NATIONALE INTERESSEN

Das aktuelle öffentliche Meinungsbild der Ukrainer zum Klimawandel zeigt jedoch Ansätze der Veränderung: 67 Prozent der befragten Ukrainer glauben, dass die globale Klimaerwärmung eine Gefahr für nationale Interessen darstellt. Die Dringlichkeit dieses Problems wird allerdings unterschiedlich eingestuft. 37 Prozent der Befragten meinen, da die globale Klimaerwärmung erst allmählich auftritt, sollten auch entsprechende Maßnahmen nur schrittweise und ohne erhebliche Haushaltsausgaben ergriffen werden. Weitere 30 Prozent sprechen sich für sofortige Maßnahmen aus. Etwa 14 Prozent sind der Auffassung, dass das Problem nur dann gelöst werden muss, wenn es zu einem „wirklichen Problem“ wird.



*Die Ruine des Atomreaktors von Tschernobyl.*

Die Berichterstattung zum Problemfeld des Klimawandels in den ukrainischen Medien erfolgt sporadisch und oberflächlich, meist lediglich im Zusammenhang mit Berichten über Naturkatastrophen. Die Ergebnisse des IPCC-Berichtes wurden nur in sehr wenigen Zeitungen und Zeitschriften in verkürzter Form wiedergegeben. Abgesehen von schwach besuchten Internetseiten von Umweltorganisationen blieb das Dokument in der breiten ukrainischen Öffentlichkeit unbeachtet und vermochte es nicht, signifikante gesellschaftliche Diskussionen anzustoßen.

#### DURCH WIRTSCHAFTLICHE ANREIZE ZU EINER AUSGEWOGENEREN UMWELTPOLITIK?

Die wirtschaftlichen Vorteile, die die Ukraine im Rahmen des Kyoto-Protokolls vom internationalen Handel mit Treibhausgas-Emissionsquoten gewinnen kann, lassen die ukrainische Regierung über die Programme zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen intensiver nachdenken. Für die Ukraine eröffnet der Handel mit Emissionsquoten eine attraktive und relativ problemlose Einnahmequelle: der starke Abbau von Emissionen in der Ukraine durch Produktionsenkung und teilweise Schließungen in der Kohlenindustrie machen dieses Land zu einem der attraktivsten auf diesem sich rasch entwickelnden Markt. Nach Einschätzungen von Experten könnte der Quotenverkauf ab 2008 den ukrainischen Haushalt jährlich um knapp 2 Mrd. Euro bereichern.

Eine weitere Einkommensquelle im Rahmen der Regelungen des Kyoto-Protokolls bilden Investitionen industriell hoch entwickelter Länder in emissionsdämmende Projekte in der Ukraine, die dann wiederum mit den erteilten Gutschriften gemäß dem EU-Emissionshandelssystem in Emissionsberechtigungen umgewandelt werden können. Auf diese Weise könn-

ten Projekte zum Abbau von Treibhausgasemissionen als Gegenleistung für die Übergabe von Emissionsquoten in der Ukraine zur längst überfälligen Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft und zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen.

Die Haupthindernisse zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls bleiben nach Meinung einer internationalen Expertengruppe, die im Frühjahr diesen Jahres Beratungen im ukrainischen Umweltministerium durchführte, die unsystematische und unvollständige Bestandsaufnahme der Treibhausgasemissionen und das Fehlen einer ukrainischen Initiative zur Erarbeitung und Umsetzung gemeinsamer Projekte.

#### INTERNATIONALE ABKOMMEN UND INVESTITIONSPROJEKTE

Während des Besuchs von Ministerpräsident Viktor Janukowytsch in Berlin am 28. Februar 2007 unterzeichneten das Umweltschutzministerium der Ukraine und die Deutschen Bank AG eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit im Bereich Klimawandel

unterzeichnet. Das Dokument zielt auf die gemeinsame Umsetzung des Kyoto-Protokolls ab und sieht Projekte zum Abbau von Treibhausgasemissionen und die Entwicklung von Investitionsmechanismen vor. Diese Absichtserklärung stellt eine Liste möglicher gemeinsamer Investitionsprojekte und potentieller Käufer von Emissionsquoten dar. Kurz darauf wurde im März 2007 ein Regierungsabkommen zur Umsetzung gemeinsamer Investitionsprojekte im Rahmen des Kyoto-Protokolls zwischen der Ukraine und Frankreich unterzeichnet. Darüber hinaus bestehen bilaterale Abkommen mit den USA und Kanada.

Die ukrainische Regierung gründete am 04. April 2007 eine Nationale Agentur für Ökologische Investitionen, welche die Aufgabe hat, die Umsetzung der UNO-Rahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls zu verfolgen. Diese Agentur soll die Vorschläge der internationalen Expertengruppe auswerten, ein systematisches Verzeichnis schädlicher Emissionen erarbeiten und Maßnahmen zum Abbau von Treibgasemissionen in verschiedenen Industriebereichen durchsetzen.

## RUSSLAND: STELLENWERT DES UMWELTSCHUTZES DURCH DAS KYOTO-PROTOKOLL GESTÄRKT

*Thomas Kunze*

Das Thema „Klimawandel“ wurde in Russland bis vor kurzem nur in Fachkreisen diskutiert. Der überdurchschnittlich warme Winter 2006/2007 hat jedoch eine neue Diskussion über die Folgen des Klimawandels auch in der Öffentlichkeit bewirkt. Obwohl in den vergangenen zehn Jahren die ökologischen Auswirkungen der sowjetischen Industrialisierung erkannt und im Zuge der weltweiten Umweltaktivitäten unter Führung der UNO staatliche Umweltnormen eingeführt wurden, fehlt bei Entscheidungsträgern noch der Umsetzungswille. Gleichfalls vermisst man eine vorausschauende, transparente Entwicklungsplanung, die die Bedenken der örtlichen Bevölkerung und der Bürgergesellschaft integriert. Als Folge der UN-Klimaberichte und des verstärkten internationalen Drucks, insbesondere von Seiten der Europäischen Union, gibt es 2007 jedoch erste ermutigende Signale Moskaus, Umweltaspekte im Zuge der wirtschaftlichen Öffnung des Landes ernster zu nehmen.

Von staatlicher Seite hat der Umweltschutz in Russland erste Impulse mit den Folgen der Katastrophe von Tschernobyl erhalten. Legislative Initiativen wurden jedoch erst in den 90er Jahren im Zusammenhang mit der UNO-Rahmenkonvention über den Klimawandel (1992) ergriffen. Heute sind die wichtigsten Umweltnormen festgeschrieben im Föderalen Gesetz Nr. 7 vom 10.1.2002 „Über den Umweltschutz“ und in der „Umweltdoktrin der Russischen Föderation“ vom 31.8.2002. Daneben ist bei der Umsetzung von staatlichen Projekten der Präsidial-Erlass Nr. 24 „Zum Konzept des Übergangs Russlands zur stabilen und nachhaltigen Entwicklung“ vom 01.4.1996 zu berücksichtigen. Die gesetzgeberische Funktion in diesem Bereich hat der Duma-Ausschuss für Umwelt inne.

Obwohl die diesjährigen Berichte des IPCC in politischen Kreisen vereinzelt mit Skepsis aufgenommen wurden, intensivieren Exekutive und Legislative mittlerweile Bemühungen zur Umsetzung internationaler Umweltschutzstandards: Im Jahr 2007 sind im russischen Parlament 30 umweltrelevante Gesetzentwürfe